SYSTEMATISCHE UNTERDRÜCKUNG

Junge Roma im Bildungssystem

von Petra Čagalj Sejdi

Junge Roma haben es in unserer Schul- und Bildungslandschaft schwer. Sie haben wenige Chancen, ihre Karriere- und Berufswünsche umzusetzen und werden immer wieder durch Gesetze und Regelungen in die alten Vorurteile gedrängt. Der Text ist ein Fazit des aktuellen Projekts „Wissen Macht Stark – Empowermentprojekt für junge Roma in Leipzig" von Romano Sumnal e. V.

Romano Sumnal wurde im September 2013 in Leipzig gegründet. Wir machen es uns seitdem zur Aufgabe, die Zusammenarbeit zwischen Roma und Gadže (Nicht-Roma) zu fördern und als Botschafter_innen zwischen beiden zu fungieren. Die Mitglieder unseres Vereins sind Roma und (einige) Gadže aus Leipzig und Sachsen. In Leipzig leben Roma aus verschiedenen Ländern, die meisten Mitglieder von Romano Sumnal stammen jedoch aus dem ehemaligen Jugoslawien und sind in den vergangenen Jahren als Geflüchtete nach Leipzig gekommen.
Das Interesse an unserer Arbeit ist seit Beginn des Vereins groß, doch leider mussten wir in den letzten Jahren auch beobachten, dass Rassismus und Diskriminierung uns und unseren Mitgliedern gegenüber gewachsen sind.
Seit 2017 arbeiten wir mit Unterstützung der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft" am Projekt „Wissen Macht Stark". Das Projekt soll Jugendlichen aus unserem Verein helfen, ihre schulischen und beruflichen Chancen zu verbessern. Idee war es, die Jugendlichen im Schuljahr zu begleiten, Gespräche mit Eltern und Lehrer_innen zu führen und auch das Thema Roma an den Schulen bekannter zu machen. Leider haben wir aber schon zu Beginn gespürt, dass wir mit diesem niedrigschwelligen Anliegen im Bildungssystem – besonders bei den Schulen – schnell auf Grenzen stoßen.

Hürden und Hindernisse in der Schule

Die meisten aktiven Jugendlichen in unserem Verein sind zwischen 16 und 21. Sie sind im Alter von 10 bis 13 Jahren nach Deutschland gekommen und wurden hier zuerst in eine DaZ-Klasse (Deutsch als Zweitsprache) eingeschult. In der Regel sollte der Aufenthalt in einer DaZ-Klasse nicht länger als ein Jahr andauern, fast alle unsere Jugendlichen berichten aber davon, dass sie eineinhalb bis zwei Jahre in den Klassen bleiben mussten, ohne genau zu wissen, warum. Es wurde dabei wenig Rücksicht auf die Fähigkeiten genommen, die diese bereits mitbrachten. Vielmehr wurde in den Vordergrund gerückt, was sie nach Maßstab der sächsischen Schulen nicht konnten.
Die meisten von ihnen sprechen zu Hause mehrere Sprachen. Sie können eine neue Sprache schnell sprechen und verstehen. Diese Fähigkeit wurde in den Schulen meist nicht bemerkt, ausgebaut oder positiv genutzt. Vielmehr wurde es von einigen Lehrer_innen als Nachteil angesehen, der ihnen das Deutschlernen angeblich erschweren würde. Ebenso wurde wenig Rücksicht darauf genommen, dass einige in ihrem Herkunftsland die Schule nicht regelmäßig besuchen konnten und daher vor allem im schulischen Grundwissen Lücken hatten. Anstatt an diesen Stellen anzusetzen, wurden die Jugendlichen mit ihrem Nichtwissen konfrontiert und somit frustrierter. Lücken im Wissen wurden übergangen, anstatt mit den entsprechenden Informationen gefüllt zu werden. Die Frustration der Schüler_innen darüber führte meist entweder zu extremer Zurückhaltung oder zu Unruhe. In beiden Fällen war das Resultat das gleiche, eine schulische Karriere wurde ihnen nicht zugetraut.
Viele Projektteilnehmer_innen, die ein Berufsvorbereitungsjahr (BVJ) besuchen oder besucht haben, berichten, dass ihre Frustration und die Enttäuschung über die nicht vorhandenen Chancen dort noch weiter wuchsen. Das BVJ soll Schüler_innen für niedrigschwellige Handwerks- und Dienstleistungsberufe qualifizieren, gibt aber kaum Möglichkeit zur Entfaltung der eigenen Fähigkeiten. Auch das Anliegen unseres Projekts, die Schulen für die Thematik Roma zu sensibilisieren und den Schülern damit Selbstbewusstsein zu geben, war in den BVJ-Schulen nicht möglich. Zum einen gab es der Lehrplan scheinbar nicht her, über Minderheiten zu sprechen. Zum anderen gab es hierzu auch keinerlei Interesse vonseiten der Schulen, die beim Wort „Roma" eher eine Bestätigung darin sahen, dass die betreffenden Schüler_innen nicht „lernfähig" seien.
Auch an den Oberschulen sah es nicht anders aus, der größere Teil unserer Projektteilnehmer_innen kam in die Hauptschulklassen – das Erreichen eines Realschulabschlusses wurde ihnen von Beginn an als Besonderheit vermittelt. Wer es dennoch in die Realschulklasse schaffte oder sich gegen Empfehlung der DaZ-Lehrer_innen für einen Übergang in die Realschulklasse entschied, musste mit vielen Hürden rechnen. Wenig Bereitschaft zu Elterngesprächen, noch weniger Bereitschaft zu Gesprächen mit einer Roma-Selbstorganisation. Lediglich wurden die Übersetzungsangebote in Anspruch genommen (wenn denn Übersetzungen benötigt wurden). Es bestand eigentlich gar kein Interesse am Thema Roma oder daran, die Schüler_innen mit ihren Kenntnissen dazu in den Unterricht einzubinden.

photo: tim wagner

Problem Ausbildungsplatzsuche

Mit dem Schulabschluss nimmt das Problem jedoch kein Ende. Die meisten unserer Projektteilnehmer_innen haben die Schule beendet und waren oder sind auf Ausbildungsplatzsuche. Hierbei hat sich für alle schnell bemerkbar gemacht, dass es sich als kontraproduktiv erweist, in der Bewerbung anzugeben, dass man Roma ist. Alle Bewerbungen, die diese Information beinhalteten, waren erfolglos. Aber auch die Tatsache, aus einem sicheren Herkunftsland wie Serbien oder Mazedonien zu kommen, erwies sich als Hindernis. Potenzielle Arbeitgeber_innen gaben an, zwar interessiert zu sein, fühlten sich aber verunsichert, ob der_die Auszubildende einen Aufenthalt über die Dauer der Ausbildung erhalten könne und lehnten die Bewerber_innen unter Vorgabe dieses Grundes ab.

Bisher konnten nur vier unsere Projektteilnehmer_innen einen Ausbildungsplatz finden. Zwei davon lernen einen Beruf, bei dem es schwer ist, Nachwuchs zu finden und dessen Hauptverwaltung in einem westdeutschen Bundesland liegt. Einer bekam seinen Ausbildungsplatz bei einem öffentlichen Träger, der damit seine Unterstützung und Hilfsbereitschaft gezeigt hat. Der vierte bekam den Ausbildungsplatz erst nach langer Zusprache durch unseren Verein, das Referat für Migration der Stadt Leipzig und durch die Versicherung der Ausländerbehörde Leipzig, dass der Azubi einen entsprechend langen Aufenthalt bekommen würde. Alle anderen sind zum Teil bereits im zweiten Jahr erfolglos auf der Suche.

Besonders schwierig und unverständlich ist die Situation derjenigen, die erst seit vier Jahren in Deutschland leben. Einige von ihnen hatten das Pech, trotz früherer Einreise, Registrierung und Unterbringung in Leipzig ihren Termin für das Interview beim Bundesamt für Migration und Flucht (BAMF) und die damit verbundene Antragstellung auf Asyl erst ein Jahr nach ihrer Einreise und nach dem Stichtag 1. September 2015 zu bekommen. Somit haben sie – nach der Ablehnung ihres Asylantrages, die meist recht schnell geschah – laut AufenthaltG § 60a Abs. 6 kein Recht auf eine Arbeitserlaubnis und dürfen keine duale Ausbildung machen. Dies trifft vor allem diejenigen ohne Schulabschluss oder mit Hauptschulabschluss hart, da es so gut wie keine schulische Ausbildung gibt, die ohne einen Realschulabschluss möglich ist. Einzige Ausnahme ist die Ausbildung zu Pflegehelfer_innen. Somit bleibt nur der Besuch einer Pflegehelfer_innenschule, aber auch nur für diejenigen mit Hauptschulabschluss. Einen Schulabschluss an der Abendoberschule für Erwachsene zu erreichen, ist schwer, da diese meist sehr überfüllt sind. Jedoch halten sich die Ambitionen zu lernen in Grenzen, wenn man weiß, dass man auch nach der zweijährigen Ausbildung aufgrund des Beschäftigungsverbots nicht weitermachen darf.

Haben wir beim Zugang zu Bildung ein Problem mit Antiromaismus?

Diese Probleme zeigen, wie junge Roma in Leipzig aufgrund ihrer Zugehörigkeit zur Gruppe der Roma und aufgrund ihrer Staatsangehörigkeiten und der Asylgesetzgebung systematisch ins Aus gedrängt werden. Somit rutschen sie in die Bilder, die ihnen bereits vorher durch bekannte Vorurteile – Roma würden nicht arbeiten oder nicht lernen – zugeteilt wurden. Dies erinnert im Vergleich oftmals an die dreißiger Jahre in Deutschland, als den Sinti und Roma Rechte genommen wurden und sie zum Beispiel ihre Unternehmen aufgeben mussten, keine Wohnungen mehr mieten durften und auch in vielen anderen Lebensbereichen eingeschränkt und ausgegrenzt wurden. Wenn die heutigen Gesetze auch nicht auf Roma direkt ausgerichtet sind und man dadurch nicht immer von einem expliziten Antiromaismus sprechen kann, so sind Roma doch eine der größten Betroffenengruppen, die unter den Folgen der Gesetzgebung leiden und systematisch ausgegrenzt und diskriminiert werden. Bund, Land und auch Kommune scheinen davor zu oft die Augen zu verschließen und die historische Verantwortung für die Vernichtung der Roma im Nationalsozialismus zu vergessen. ■

Petra Čagalj Sejdi ist Projektleiterin bei Romano Sumnal e. V.